

Stand: 04.07.2025 18:12:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/6168

"Verpflichtende EU-Vorgabe zur Vereinheitlichung von Handy-Ladegeräten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/6168 vom 05.02.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/7976 des WI vom 12.05.2020
3. Beschluss des Plenums 18/8126 vom 28.05.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 48 vom 28.05.2020



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Florian Ritter, Margit Wild SPD**

Verpflichtende EU-Vorgabe zur Vereinheitlichung von Handy-Ladegeräten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich in geeigneter Weise dafür einzusetzen, dass die Europäische Kommission verbindliche Regeln einführt, damit künftig alle in der EU angebotenen Mobiltelefone, Smartphones, Tablets, E-Book-Reader, Smart-Kameras und anderen tragbaren Geräte mit einem gemeinsamen Ladegerät kompatibel sein müssen, um unnötigen Abfall zu verringern, Kosten zu senken und die Nutzung zu vereinfachen.

Begründung:

Der bisherige Ansatz der EU-Kommission, die Industrie zur Entwicklung gemeinsamer Ladegeräte lediglich zu ermutigen, war nicht ausreichend. Durch alte Ladekabel fallen in der EU jährlich rund 51 000 Tonnen Elektroschrott an. Laut Angaben der Europäischen Kommission ist Elektronikschrott (E-Schrott) einer der am schnellsten wachsenden Abfallströme in der EU. Das E-Schrottvolumen wird bis 2020 voraussichtlich auf 12 Mio. Tonnen ansteigen.

Um Elektronikschrott zu reduzieren, Kosten zu verringern und die Sicherheit und Interoperabilität der Ladegeräte zu verbessern und vor allem den Verbrauchern das Leben zu erleichtern, müssen die Hersteller künftig ein gemeinsames Ladegerät für Handys, Tablets, E-Books und andere Geräte anbieten.

In Anbetracht technologischer Entwicklungen und der Tatsache, dass freiwillige Vereinbarungen zwischen den Akteuren der Industrie nicht zu zufriedenstellenden Ergebnissen geführt haben, ist eine neue Regelung nötig. Am 13.01.2020 hat das Europäische Parlament seine Position zum Thema „Einheitliches Ladegerät“ in einer Resolution abgestimmt und die EU-Kommission aufgefordert, auf Grundlage der Richtlinie 2014/53/EU über Funkanlagen mit einem sogenannten delegierten Rechtsakt verbindliche Regeln für einheitliche Ladekabel einzuführen. Eine Studie der EU-Kommission zur Folgenabschätzung wird derzeit finalisiert und in den kommenden Wochen erwartet.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

**Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn,
Annette Karl u.a. SPD
Drs. 18/6168**

Verpflichtende EU-Vorgabe zur Vereinheitlichung von Handy-Ladegeräten

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Annette Karl**
Mitberichterstatler: **Klaus Stöttner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 21. Sitzung am 20. Februar 2020 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 22. Sitzung am 12. Mai 2020 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Sandro Kirchner
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Florian Ritter, Margit Wild SPD**

Drs. 18/6168, 18/7976

Verpflichtende EU-Vorgabe zur Vereinheitlichung von Handy-Ladegeräten

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 1 und 16 der Anlage. Dies sind zum einen die Europaangelegenheit betreffend die Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen "Der europäische Grüne Deal" auf Drucksache 18/5993 und zum anderen der Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Westbalkan mit dem Migrationsdruck nicht allein lassen" auf Drucksache 18/6081, die auf Wunsch der AfD-Fraktion gesondert beraten werden sollen. Der Aufruf erfolgt nach der Beratung der Dringlichkeitsanträge, sofern die Zeit dies noch zulässt, ansonsten in der nächsten Plenarsitzung.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der AfD bei Abwesenheit der fraktionslosen Abgeordneten. Dann ist dies einstimmig beschlossen, und der Landtag übernimmt diese Voten.

6. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. AfD
Einheitliche Qualitätsstandards für Gutachter und Sachverständige im Bereich der forensisch-psychiatrischen Begutachtung von Sexualstraftätern
Drs. 18/5624, 18/7831 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Horst Arnold, Ruth Waldmann, Michael Busch u.a. und Fraktion (SPD), Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Anhörung zum Bayerischen Krebsregister – Bestmögliche Versorgung bei Krebserkrankungen
Drs. 18/5642, 18/7808 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Patienten mit Chronic Fatigue Syndrom ernst nehmen und Behandlungsstrukturen schaffen
Drs. 18/5834, 18/7809 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

